



Freiburg, 29.05.2006

Offener Brief und Presseerklärung des Hausvereins Wonnhalde 1a

Wonnhalde 1a: Eigeninitiative von MieterInnen verhindert. Vorgeschmack auf Verdrängungsprozesse infolge des Verkaufs städtischer Wohnungen an Investoren?

Der von OB Salomon vorgeschlagene Totalverkauf der städtischen Wohnungen stößt inzwischen nicht nur bei den betroffenen MieterInnen auf Kritik. Auch in der CDU-Fraktion wird über Alternativen zum Totalverkauf städtischer Wohnungen an einen Investor nachgedacht. Überlegungen über einen Teilverkauf an die MieterInnen, Baugenossenschaften oder Stiftungen wurden angestellt. (Badische Zeitung vom Freitag, den 26. Mai). Ein Umdenken der Stadt Freiburg in diese Richtung würden wir Mitglieder vom Hausverein Wonnhalde sehr begrüßen, da wir seit ca. 2 Jahren versuchen, den von uns seit 20 Jahren von der Stadt Freiburg gemieteten Wohnraum zu erwerben. Es geht dabei um die Realisierung einer genossenschaftlichen Eigentumsform in Selbstverwaltung nach dem erfolgreichen Modell des Mietshäusersyndikats (www.syndikat.org) und um den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Das Liegenschaftsamt signalisierte umgehend grundsätzliches Interesse an Verkaufsverhandlungen, bat uns jedoch über ein Jahr hinweg immer wieder um Geduld. Die im Zuge der normalen Fluktuation freiwerdenden Zimmer in den beiden großen Wohngemeinschaften des Hauses wurden entgegen der jahrzehntelangen Praxis nicht an die von uns vorgeschlagenen wohnberechtigten Nachmieter weitervermietet. Mit Verweis auf die laufenden Verkaufsverhandlungen wurde mehrfach argumentiert, Neuvermietungen lohnten in dieser Situation nicht mehr.

Nach mehr als einem Jahr des Wartens teilte uns das Liegenschaftsamt im August des vergangenen Jahres nun mit, man prüfe, das Haus als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen.* Die Kaufverhandlungen wurden mit der angekündigten Nutzungsänderung

* Begründet wird dies damit, dass das Haus genau zu diesem Zweck vor knapp 20 Jahren gekauft worden sei. Diese Interpretation, wonach die zum Teil seit 20 Jahren bestehenden Mietverhältnisse als auf Abruf stehend deklariert werden, ignoriert die Hintergründe, die seinerzeit zu dem Kauf des Anwesens Wonnhaldestraße.1a geführt haben. Anhand umfangreicher Dokumente lässt sich auf unserer Homepage (www.wonnhalde.org) nachvollziehen, dass die Stadt seinerzeit mit dem Kauf die Forderung einer breiten Öffentlichkeit nachkam, durch Hauskäufe jene Zerstörung bezahlbaren Wohnraums für Einkommensschwache einzudämmen, die infolge von Spekulation und der Kommerzialisierung des Wohnens immer mehr um sich griff.



abgebrochen. Dass das Haus inzwischen teilweise entmietet war, kam diesen Plänen entgegen - den verbleibenden MieterInnen wurde Ersatzwohnraum in Aussicht gestellt. Das Liegenschaftsamt beabsichtigt, zunächst den inzwischen leerstehenden Wohnraum mit Wohnungssuchenden aus der Notfallkartei der Stadt zu belegen. Ein Mitspracherecht von uns MieterInnen bei der Belegung, auch innerhalb der Wohnungen, schließt das Liegenschaftsamt aus. Der Auszug der verbleibenden MieterInnen wird damit zumindest in Kauf genommen. Einer Initiative, die vor allem zwei Ziele vor Augen hatte, nämlich durch den Kauf des Hauses als Mitglied des Mietshäusersyndikats langfristig bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und weiterhin das Zusammenleben in einer solidarischen Sozialstruktur zu ermöglichen, wird damit die Grundlage entzogen.

Durch den Verkauf städtischer Wohnungen geraten auch die Mietverhältnisse in den verbleibenden städtischen Wohnungen unter Druck, wie das Beispiel Wonnhalde zeigt.

Mit dem geplanten Totalverkauf städtischer Wohnungen beschneidet die Stadt Freiburg ihren wohnungs- und sozialpolitischen Spielraum. Infolge des sukzessiven Niedergangs des sozialen Wohnungsbaus haben viele Kommunen in der Tat jetzt schon enorme Probleme, wohnungslose Menschen mit Wohnraum zu versorgen. Diese Zwangslage wird sich durch den Verkauf städtischer Wohnungen noch weiter verschärfen und es ist zu befürchten, dass wie im Falle des Hauses Wonnhaldestr. 1a zunehmend verschiedene Gruppen von Mietern und Wohnbedürftigten gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb fordern wir:

- **Nein zum Verkauf städtischer Wohnungen an gewinnorientierte Investoren**
- **Nein zum Ausspielen verschiedener sozialer MieterInnengruppen**
- **Für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Hausverein Wonnhalde, der sozialen Wohnraum in MieterInnen-Selbstverwaltung erhalten möchte**